

„Ostdeutsche Achtundsechziger?“

Von Johannes Leithäuser, in: FAZ vom 29. Juli 2019.

Nach der totalen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands gingen zwei Jahrzehnte ins Land, bis die erste nachgewachsene Generation ihre Eltern zur Rede stellte. Die Befassung mit der Diktatur und deren Verbrechen erschütterte die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Der Zusammenbruch des sozialistischen Deutschlands liegt mittlerweile drei Jahrzehnte zurück, doch ein ostdeutsches „Achtundsechzig“ hat es noch immer nicht gegeben. Gewiss lassen sich der nationalsozialistische Vernichtungsterror und das SED-Zwangsregime nicht nebeneinander legen, sie markieren weit auseinanderliegende Punkte auf der Skala diktatorischen Schreckens. Aber die Grundsatzfrage an die Zeitgenossen bleibt die Gleiche: Warum habt ihr Zwang und Unfreiheit anhaltend ertragen und Ungerechtigkeit geduldet?

Es gibt im Wesen der ersten und der zweiten Diktatur gravierende Unterschiede und auch in den Umständen, in denen sie existierten und endeten. Das Ende ist vielleicht am wichtigsten. Die DDR stand 1989 zwar ohnehin vor dem Zusammenbruch; der Apparat der Herrschenden hatte keinen inneren Antrieb und keinen äußeren Schutz mehr. Doch das Ende, von Bürgerrechtsinitiativen angestoßen, kam – nach heute herrschenden Erinnerungseindrücken – durch eine Massenbewegung zustande: Zehntausende auf den Straßen Leipzigs, Hunderttausende bei der Anti-SED-Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz, unzählige im Strom über die eingerissene Mauer. Es fehlte im Wendewinter des Jahres 1989/90 die doppelte Beschämung, unter der Deutschland 45 Jahre zuvor gelegen hatte, die zweifache Wucht, sich als Besiegte und als Schuldige oder Dulder zu fühlen.

Die wenigen Bürgerrechtler der Kirchengruppen und des Neuen Forums, die schließlich die vielen mitrissen, konnten zwar ihre eigenen Träume von einem emanzipierten Sozialismus nicht in die Wirklichkeit überführen, sie retteten aber doch etwas Besonderes: das Gedächtnis des Unrechts. Die bis heute zugänglichen Akten der Stasi geben fortgesetzt Auskunft über den Zynismus und die bürokratische Brutalität des SED-Staates. Seltsamerweise entwickelte sich aus diesem Bestand kein gemeinsamer Blick auf die Wirklichkeit in der ostdeutschen Diktatur: Die alten Spitzelberichte sind Quelle ausgiebiger historischer Forschungen, sie wurden und werden auch von vielen gelesen, bleiben aber bis heute eher den wenigen Dissidenten und DDR-Oppositionellen zugeordnet – als bildeten Opfer und Täter gemeinsam eher eine Randerscheinung und als hätten nicht alle, die in der DDR neugierig oder ehrgeizig sein wollten, mit der Staatssicherheit in Kontakt kommen können.

Dass es nicht zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Revision der ostdeutschen Diktatur gekommen ist, liegt wohl auch an deren geographischer Beschränktheit. Nur knapp ein Viertel der Deutschen litt vier Jahrzehnte unter den Freiheitsbeschränkungen und der Bevormundung des SED-Staates; das westdeutsche demokratische Gegenbild, selbst Reformen und Anpassungen unterworfen, blieb immer präsent, als Angebot für alle, die es in der DDR nicht länger aushalten wollten, die flüchteten, freigekauft wurden oder die erfolgreich die Drangsalierung nach dem Stellen eines Ausreiseantrags überstanden. Dieses Ventil schmälerte den Bestand der Kritiker und Frager auch in den neuen Ländern, die sich aus dem Nachlass der DDR bildeten. Anschließend setzte sich die Abwanderung der Jungen und Tüchtigen noch stärker fort. Die meisten derer, die im Westen heimisch wurden, hatten an die Vergangenheit ihrer Eltern im Osten keine dringenden Fragen mehr.

Manche Anläufe, die Debatte über Prägungen und Tabus der ostdeutschen Vergangenheit in Gang zu bringen, scheiterten oder erzeugten einen abwehrenden Solidarisierungseffekt: Man denke an die These des westdeutschen Kriminologen Christian Pfeiffer, die gemeinsame „Topfzeit“ für Einjährige in den DDR-Kinderkrippen habe sich auf die Konformität der ostdeutschen Gesellschaft ausgewirkt und könne eine Wurzel rechtsautoritärer Proteste sein.

Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall nehmen die ostdeutschen Abwehrreflexe eher zu. Viele Ostdeutsche fühlten sich heute vernachlässigt, abgehängt, missverstanden, benachteiligt, schrieb der CDU-Kreisverband Leipzig neulich an die Bundesvorsitzende der Partei. Als Beispiel für Ost-West-Unterschiede führte er an, viele Ostdeutsche hätten eine große emotionale Nähe zu Russland und fühlten sich herablassend behandelt, wenn die deutsche Außenpolitik in Russland vor allem einen Gegner sehe.

Die hohen Zustimmungswerte für die AfD und die beträchtliche Anhängerschaft der Linkspartei, die die Erinnerung an die „guten Seiten“ der DDR lebendig zu halten trachtet, demonstrieren, wie sehr sich die nostalgische Sehnsucht nach Überschaubarkeit und festen eigenen Rollenbildern in den ostdeutschen Ländern ausbreitet. Das ist womöglich das Wesen der ostdeutschen Achtundsechziger: Es sind nicht die Jungen, die anklagende Fragen an die Eltern stellen; es sind die Alten, die ihren (West-)Kindern Vorwürfe machen, ihnen einstige Sicherheiten genommen zu haben.